

## Der Mehlausgleich zwischen Stadt und Land in Niederösterreich.

Nach Mitteilungen von bestinformierter Seite.

Wien, 23. April.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat, wie berichtet, in einer Wählerversammlung über den Ausgleich von Mehlvorräten zwischen Stadt und Land gesprochen und mitgeteilt, daß die Borratsaufnahmen der einzelnen Bezirkshauptmannschaften einen hohen Prozentsatz an Besitz von Weizen, Roggen und Gerste, dagegen nur einen verschwindend kleinen Besitz von Mais ergeben haben. Der Bürgermeister hat im Anschluß daran erzählt, er habe dem Statthalter gesagt, daß er von dem Maismehl, das er jetzt aus Ungarn bekomme, 50 Waggons einer solchen Bezirkshauptmannschaft geben wolle, wogegen diese ihm ein gleiches Quantum Weizen und Roggen liefern solle. Einleitend hat Dr. Weiskirchner in Besprechung der Mehl- und Brotverhältnisse gesagt, er hoffe, daß es in vierzehn Tagen besser gehen werde, so daß es den Anschein gewinnen könnte, als ob die angekündigte Aktion innerhalb dieser Zeitspanne durchgeführt sein könnte.

Von unterrichteter Seite erhalten wir zu diesen Bemerkungen folgende Aufklärungen: Es ist richtig, daß in einer oder auch mehreren Bezirkshauptmannschaften die Borratsaufnahmen solche Verhältnisse im Mehلبesitz ergeben haben, daß in diesen Gegenden die Einhaltung der vorgeschriebenen Mehlmischungen nicht möglich ist, und es wäre wünschenswert, daß hier eine Regelung in dem Sinne erfolge, daß der überschüssige Mehلبesitz, beziehungsweise Besitz an Brotfrüchten, an die daran notleidenden Gemeinden, also in erster Linie an Wien, abgegeben werde. Aber es fehlt an Maismehl, das dafür den Landgemeinden gegeben werden müßte. Die Ausgleichung der Mehlvverhältnisse fällt in die Kompetenz der Kriegsgetreideverkehrsanstalt, die dieser Frage sicherlich das größte Augenmerk schenkt. Aber in so einfacher und rascher Weise, wie man vielleicht aus den Berichten über die Rede des Bürgermeisters herauslesen will, geht die Sache doch nicht, und das hat der Bürgermeister selbst angedeutet, indem er schließlich sagt: „Wie ich berechnet habe, was ich bei diesem Austausch draufzahlen habe, kam es zutage, daß die Bauern mir noch etwas zahlen müssen, weil nämlich die Regierung die Höchstpreise für Mais und Maismehl aufgehoben hat und für diese Marktpreise gelten, während für Roggen und Weizen noch die Höchstpreise in Kraft sind. Zeigen Sie mir den Bauern, der auf dieses Geschäft eingeht.“ Der Redner hat also sofort aus eigenem auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die einer privaten Ausgleichsaktion zwischen Stadt Wien und den ländlichen Besitzern entgegenstehen.

Nun kommt aber dazu, daß im Augenblick die Schwierigkeiten wegen der Beschaffung von Maismehl für Wien noch nicht behoben sind, denn die Quantitäten, die zunächst geliefert werden, sind bestimmt, den Bedarf von Wien zu decken, und der erste eingetroffene Schleppler kann noch nicht die erforderliche Menge gebracht haben. Es wird aber aus Ungarn gar kein Maismehl, sondern nur Maiskörner geliefert, damit das vermahlene Produkt nicht unter den verschiedenen Einflüssen des Transports und der Witterung leide. Die Körner müssen erst hier vermahlen werden, was natürlich wieder eine Verzögerung mit sich bringt. Der Optimismus des Bürgermeisters, daß es in vierzehn Tagen besser gehen werde, kann sich daher gewiß nicht auf den Erfolg seines Ausgleichsgedankens zwischen Stadt und Land beziehen, sondern nur auf die Wirkung des durch seine Tatkraft sichergestellten Bezuges von Mais.

Wir in Wien werden noch einige Zeit mit dem Kriegsbrot auskommen müssen, das nach der jetzt geübten Methode hergestellt wird. Denn es ist auch zu bedenken, daß nicht alles Mehl, das bis zur nächsten Ernte nach Wien gebracht wird, ausschließlich zum Brotbacken verwendet werden kann, man muß auch gewisse Mengen zum Kochen und Speisensbereiten in den Haushalten reservieren. Keinesfalls ist die Mitteilung des Bürgermeisters so zu verstehen, daß die Requirierung der Vorräte an Weizen, Roggen und Gerste in den bezeichneten Gegenden schon beschlossen ist. Das hat auch der Bürgermeister nicht gesagt.

Aus allen diesen Erwägungen geht hervor, daß auch die Frage nicht entschieden ist, durch welchen rechtlichen Vorgang der Besitz an Roggen, Weizen, Gerste aus dem ländlichen Eigentum in das der Stadt Wien oder der Getreideverkehrsanstalt übergeführt werden soll. Man darf auch eine Versamlungsrede nicht mit jenem Gewicht messen, wie etwa eine amtliche Kundmachung. Dr. Weiskirchner hat gezeigt, daß er sich unablässig mit der Approvisionierung Wiens beschäftigt, er hat in der Versammlung die Gedanken entwickelt, die aus den von ihm gemachten Wahrnehmungen entsprungen sind, und hat nicht gezögert, auch die Bedenken darzulegen, die er selbst an der Durchführbarkeit seiner Ideen hegt. Darin hat er selbst den Rahmen gezogen, in dem seine Ausführungen über den Mehlausgleich zwischen Stadt und Land zu beurteilen sind. Die Verwirklichung dieser Ideen wird gewiß von ihm und auch von allen mit dieser Frage amtlich befaßten Faktoren angestrebt werden, aber solche Maßnahmen können eben nicht von heute auf morgen getroffen werden, sie erfordern eine gewisse Vorbereitung.